

Christoph Meyer (17.6.2017):

## **Herbert Wehner und der 17. Juni Zum 111. Geburtstag am 11. Juli 2017**

### **Referat zur Diskussionsveranstaltung des Herbert-Wehner- Bildungswerkes am 17. Juni 2017 im Haus an der Dreikönigskirche, Dresden**

Ich gestatte mir zwei Vorbemerkungen:

Erstens: Wenn ich heute aus Anlass von 20 Jahren Freundeskreis, 25 Jahren Bildungswerk und bald 111 Jahren Herbert Wehner etwas sagen soll, komme ich natürlich nicht am Datum des heutigen Tages vorbei: Dem 17. Juni. Es führt mich zurück zu meiner Magisterarbeit und meiner Doktorarbeit, in welchen ich mich – jahrelang – eben mit diesem Tag 17. Juni beschäftigt habe<sup>1</sup>.

Zweitens: Bei aller berechtigten Würdigung seiner Verdienste: Helmut Kohl hat den Tag der deutschen Einheit nicht herbeigeführt, er hat ihn lediglich verlegt. Herbeigeführt haben ihn die Menschen hier in den Ländern der ehemaligen DDR. Und sie hätten ihn bereits 37 Jahre früher herbeigeführt, nämlich im Gefolge des 17. Juni 1953, wenn nicht sowjetische Panzer dazwischen gerollt wären.

### **Arbeiteraufstand im Bundestag**

Was heute der 3. Oktober ist, war früher, in der alten Bundesrepublik, der 17. Juni, nämlich der „Tag der deutschen Einheit“, also der nationale Feiertag, an dem des Arbeiteraufstandes von 1953 gedacht wurde. Und es war ein Dresdner aus der Spenerstraße in Striesen, der diesen Feiertag im Bundestag durchsetzte und ihm seinen Namen gab: Herbert Wehner (1906-1990), von 1949 bis 1983 SPD-Bundestagsabgeordneter und von 1949 bis 1966 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen.

---

<sup>1</sup> Zu allem Folgenden vgl. Meyer, Christoph (1992): Volksbewegung für die Wiedervereinigung? Der 17. Juni von 1954 bis 1969. Magisterarbeit im Fach Mittlere und Neuere Geschichte. Köln: o.V.; Meyer, Christoph (1997): Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland (1954-1972). Landsberg am Lech: Olzog, - und natürlich weiterhin grundlegend: Meyer, Christoph (2006): Herbert Wehner. Biographie. München: dtv.

Stolz war Herbert Wehner auf die Arbeiter in Ost-Berlin und der DDR. Er war der Hauptredner der SPD-Fraktion zur Debatte über den 17. Juni im Deutschen Bundestag am 1. Juli 1953. "Wir sind Arbeiter und keine Sklaven!" – dieser Ruf der Streikenden und Demonstranten nach Freiheit erschütterte ihn besonders. Schon 1950 hatte er vorausgesagt: "Die Freiheit der Person, das Recht und die soziale Gerechtigkeit werden in einem geeinigten Deutschland triumphieren." Durch den Juniaufstand fand er diese Haltung bestätigt: "Es begann mit dem Kampf gegen die Normenschinderei, mit einem Ausbruch gegen den Hunger. Es verband sich sofort mit dem Eintreten für verfassungsmäßige Verhältnisse", und schließlich mündete es "in dieses glühende Bekenntnis: Wir wollen nicht mehr in einem gespaltenen Deutschland leben, wir wollen Wiedervereinigung!" Für Herbert Wehner war die SPD insgesamt, und er schloss sich da selbst mit ein, "Fleisch vom Fleisch der mitteldeutschen Arbeiter", und gerade diese Arbeiter hatten gekämpft für soziale Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und die deutsche Einheit. Das bedeutete der 17. Juni 1953 für Herbert Wehner und die SPD.

Die damals in der Bundesrepublik regierende CDU stellte in ihren Bewertungen des Aufstands besonders den Aspekt der Trauer um die Opfer in den Vordergrund. Ganz anders Herbert Wehner. Er zitierte Karl Marx mit den Worten: „Die Arbeiter sind zwar geschlagen worden, aber sie sind nicht besiegt! Besiegt sind ganz andere, das wird die Geschichte zeigen!“ Und er leitete aus den Ereignissen vor allem Verpflichtungen für die westdeutsche Politik ab. Er sah die Erhebung als Antrieb, "das Äußerste mit den Mitteln der Politik und Diplomatie zu versuchen, damit wir die Leidenszeit dieser unserer Mitmenschen abkürzen und damit ihrem Anliegen gerecht werden". Die Arbeiter wollten nicht "beklagt sein und bedauert werden". Sie wollten eine Politik, "auf die das, was sie getan haben und trotz Standrecht noch weiter tun, Einfluß ausübt".

Wehner machte in seiner Rede am 1. Juli 1953 Vorschläge für menschliche und wirtschaftliche Erleichterungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Diese sollten "durch schrittweise Erleichterung, Lockerung und schließlich Normalisierung" auf die Überwindung der deutschen Teilung hinwirken. Wehner hat also auf den Aufstand mit Vorschlägen zu einer Entspannungspolitik reagiert, wie sie dann zwei Jahrzehnte später die sozialliberale Regierung unter der Führung von Willy Brandt durchsetzen und

umsetzen sollte. Ich behaupte: Herbert Wehner war der erste sozialdemokratische gesamtdeutsche Entspannungspolitiker in diesen fünfziger Jahren.

### **Der Weg zum Feiertag**

Die Demonstrationen von Arbeitern und Bevölkerung im Osten boten von Anfang an Anlaß zu Demonstrationen im Westen. Schon am 17. Juni 1953 selbst hat die SPD eine Solidaritätskundgebung in West-Berlin mit 10.000 Teilnehmern veranstaltet. Auch in Westdeutschland setzten sich Menschen in Bewegung, Studenten, Bürger verschiedener Städte. Am 23. Juni 1953 gedachten schließlich vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin mehrere zehntausend Menschen der Opfer des Aufstandes, darunter Bundeskanzler Adenauer und der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter.

Es bot sich also geradezu an, den 17. Juni zu einem Tag der Bekenntnisse zur Wiedervereinigung zu machen. Als erstes schlug, am 24. Juni 1953, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen „Nationalen Gedenktag“ vor, und schon wenige Tage später forderte die SPD, den 17. Juni zum „Nationalfeiertag“ zu erheben.

Es gab darüber Debatten. Am 2. Juli war Ausschusssitzung. Die CDU war gegen die Einführung eines Feiertages. Der 17. Juni solle daher lediglich ein „Nationaler Gedenktag des deutschen Volkes“ werden. Die SPD, angeführt von ihrem Ausschussvorsitzenden Herbert Wehner, bestand jedoch auf der Feiertagsregelung. Lediglich bei der Bezeichnung des Tages und bei der Präambel ließ sie sich auf Kompromisse ein. Und von Herbert Wehner kommt der Name. Er war es, der den Namen „Tag der deutschen Einheit“ vorschlug. Und so wurde schon am 3. Juli 1953, also gut zwei Wochen nach dem Aufstand, mit den Stimmen aller Parteien außer der KPD, das „Gesetz über den Tag der deutschen Einheit“ verabschiedet.

### **Reden zum Tag der deutschen Einheit**

Bis er 1990 durch den 3. Oktober ersetzt wurde, war der 17. Juni in der Bundesrepublik und West-Berlin der nationale Feiertag. Dabei machte der Tag eine lange Reihe von Entwicklungen, von Höhen und Tiefen durch. Und Herbert Wehner war (fast) immer mit von der Partie. 1954 gehörte er zu den Begründern der Organisation, die den 17. Juni in den fünfziger und sechziger

Jahren gestalten sollte: des Kuratoriums Unteilbares Deutschland. Jahr für Jahr veranstaltete das Kuratorium zum 17. Juni Demonstrationen, Feierstunden, Schweigemärsche, Fahnenstafetten und vieles mehr. Das kann in meiner Doktorarbeit nachgelesen werden. Die Beteiligung lag Ende der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre alljährlich bei weit über einer Million Menschen. Tausende von Politikern sprachen auf Kundgebungen in allen Orten der Bundesrepublik und West-Berlin.

Es gibt zahlreiche Reden von Herbert Wehner zum 17. Juni in den Akten. Er war zum Beispiel war als Sozialdemokrat stolz darauf, so meinte er am 17. Juni 1961, dass gerade „die arbeitende Bevölkerung“ mit „bloßen Händen“ die „Embleme der Diktatur von den Postamenten riß“. Er geißelte in seinen Reden den „kommunistischen Separatismus“, kritisierte scharf das undemokratische SED-Regime. Aber - und damit bildete er unter den Kundgebungsrednern eine Ausnahme - er wies auch darauf hin, dass die Machthaber in der DDR Möglichkeiten zu menschlicheren Entscheidungen hatten. Herbert Wehner suchte, so drückte er es am 17. Juni 1957 in Dortmund aus, „die Verbindung zu den Herzen“ derjenigen, die nach dem Aufstand inhaftiert worden waren. Er die SED-Führer aufgefordert, die Gefangenen freizulassen. Die Fluchtbewegung nahm Wehner aufmerksam zur Kenntnis. Am 17. Juni 1961 behauptete er, dass Ulbricht bei Chruschtschow darauf dränge, „daß Berlin und die Zone hermetisch gegen das übrige Deutschland abgeriegelt werden“. Der Mauerbau war keine Überraschung. Das hat er vorhergesagt.

### **Helfen, konkret**

Herbert Wehner war, wie seine Reden zum 17. Juni zeigen, einer der klarsichtigsten Deutschlandpolitiker der Bundesrepublik. Während viele Beiträge anderer Politiker sich auf platte antikommunistische Propaganda beschränkten, im Wesentlichen einen Kalten Krieg führten, sind die Reden Wehners von einer tiefen Menschlichkeit und Mitgefühl gekennzeichnet, wie es wohl nur einer empfinden konnte, der, wie er, stark von seiner sächsischen Heimat geprägt war - und der - dank seiner Moskauer Emigrationszeit - das kommunistische Regime von innen gekannt hat.

Herbert Wehner beschränkte sich nicht aufs Reden. Er half den Menschen in der DDR. Als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (1966-1969) verstärkte er die Bemühungen um den Freikauf politischer Häftlinge, und als

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (1969-1983) hat er diese Anstrengungen fortgesetzt. Er reiste 1973 zu Erich Honecker, richtete einen verdeckten Kanal über den Anwalt Wolfgang Vogel ein. Natürlich handelte es sich dabei um die Bestechung eines korrupten Systems. Aber hier ging es um die Schicksale von Personen, um konkrete Menschlichkeit. Tausende von Menschen, auch Dresdnerinnen und Dresdner, haben ihre Freiheit den Bemühungen von Herbert Wehner zu verdanken.

Ich komme zu meinem Schlusswort, das zugleich Überleitung sein soll:

Nicht ideologische Konstrukte, sondern konkrete Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung. Das war Herbert Wehners Konsequenz aus beiden deutschen Diktaturen. Und das verband ihn mit dem skandinavischen Weg eines Kapitalismus mit menschlichem Antlitz.